
Der Alternativsektor – Produktion zwischen Utopie und Notwendigkeit: Das Beispiel Berlins

Franz-Josef Bartsch und Dieter Rulf

Seit Mitte der 70er Jahre ist die Zahl der Betriebe und Projekte, die aus der sog. Alternativbewegung hervorgehen, so gewachsen, daß von einem eigenen Wirtschaftssektor gesprochen werden kann. Während in anderen Bereichen verstärkt Arbeitsplätze abgebaut wurden, sind im Alternativsektor zunehmend neue Arbeitsplätze entstanden. Am Beispiel Berlins sind wir der Frage nachgegangen, welchen Beitrag alternativ-ökonomische Betriebe (im folgenden auch selbstverwaltete Betriebe genannt) zur Bekämpfung der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit leisten, und unter welchen Bedingungen die Beschäftigungseffekte noch erhöht werden können¹.

Um die beschäftigungspolitische Bedeutung dieses Sektors und die in ihm liegenden Entwicklungspotentiale erfassen zu können, müssen die wesentlichen Charakteristika alternativen Wirtschaftens berücksichtigt werden. Diese resultieren aus dem – im Gegensatz bzw. in Ergänzung zum rein marktorientierten Wirtschaften – veränderten Verständnis, welches die Mitarbeiter/innen alternativer Betriebe in bezug auf die Form und den Inhalt ihres Arbeitsprozesses haben:

Zum einen sollen neue Arbeitsplätze selbst geschaffen werden. Zum anderen sollen durch die Einführung neuer Organisations- und Arbeitsformen, sowie durch die Orientierung der Produktion an gesellschaftlich nützlichen Produkten Arbeitszusammenhänge entwickelt werden, die eigene und selbstbestimmte Lebensformen ermöglichen. Beabsichtigt ist, die von der Alternativbewegung an den Erscheinungsformen der modernen Industriegesellschaft geübte Kritik, welche sich vor allem an den gesellschaftlichen und sozialen Kosten einer gewinn-

orientierten, großtechnologisch-industriellen Produktionsweise festmacht, – eine bis an ihre äußerste Grenze belastete Natur, die Zerstörung der Landschaft, der Städte und damit einhergehend der gewachsenen sozialen Bezüge der Menschen – in konkretes Handeln umzusetzen. Alternativ-ökonomische Betriebe sind so gesehen, institutionalisierte Formen einer praktisch gelebten (Gesellschafts-)Kritik, die exemplarisch-modellhaft eine auch für andere praktikierbare und nachahmenswerte Alternative zur Leistungsgesellschaft darstellen sollen.

Ob diese Vorstellungen gesamtgesellschaftlich praktikabel und durchsetzbar sind, kann hier nicht weiter erörtert werden. Im Zusammenhang unserer Fragestellung ist das Selbstverständnis der Mitarbeiter/innen alternativ-ökonomischer Betriebe insofern von Bedeutung, als – wie noch zu zeigen ist – die meisten internen und externen Probleme selbstverwalteter Betriebe, sowie auch die Möglichkeit dieses Sektors zur Expansion unmittelbar mit dem Spannungsverhältnis zusammenhängen, welches aus den gesellschaftspolitischen und sozialen Ansprüchen der selbstverwalteten Betriebe einerseits und ihrer notwendig marktbezogenen Existenz andererseits ergibt. Darüber hinaus liegt in der Perspektive alternativen Wirtschaftens auch der wesentliche Unterschied zu den herkömmlichen Formen des Kleinunternehmertums.

I. Der Alternativsektor in Zahlen

Ein genauer Überblick über die Zahl der Alternativprojekte und -betriebe in Berlin ist nur schwer herstellbar. Zum einen werden von wissenschaftlicher Seite erst in jüngster Zeit Anstrengungen unternommen, den Alternativsektor statistisch zu erfassen, zum anderen sind die einzelnen Erhebungen wegen ihrer völlig unterschiedlichen Abgrenzungskriterien nicht miteinander zu vergleichen. Für unsere Fragestellung differenziert genug war lediglich die Schätzung von Grottian/Kück². Sie ordnen rund 260 Betriebe mit 1400 Mitarbeitern/Arbeitsplätzen dem alternativ-ökonomisch, marktorientierten Sektor zu.

Folgende Definitionsmerkmale für alternativ-ökonomische Betriebe wurden von Grottian/Kück in der Schätzung berücksichtigt:

- das Praktizieren demokratischer Selbstverwaltung
- das Aufheben der gesellschafts- und rollenspezifischen Arbeitsteilung
- gesellschaftlich nützliche und ökologische Produktion
- dezentrale Arbeitsweise
- Entspezialisierung und Funktionsrotation
- Wirtschaften nach dem Kostendeckungsprinzip

Die ca. 260 alternativ-ökonomischen Betriebe West-Berlins mit ihren insgesamt 1400 Arbeitsplätzen verteilen sich auf folgende Wirtschaftsbereiche:

26 Betriebe mit 119 Arbeitsplätzen im kleinindustriellen Bereich

56 Betriebe mit 312 Arbeitsplätzen im Handwerk

- 71 Betriebe mit 274 Arbeitsplätzen im Handel
- 14 Betriebe mit 105 Arbeitsplätzen im Verkehrsbereich
- 22 Betriebe mit 292 Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich
- 60 Betriebe mit 298 Arbeitsplätzen im Gaststättenbereich

Die Struktur des alternativ-ökonomischen Sektors unterscheidet sich von der Wirtschaftsstruktur Berlins vor allen Dingen durch die relativ hohen Anteile des verarbeitenden Gewerbes und der Gaststätten. Jedoch ist selbst in diesen Wirtschaftsbereichen die quantitative Bedeutung des Alternativsektors verschwindend gering. Grottian/Kück schätzen den Anteil der Alternativbetriebe an der Gesamtzahl der Arbeitsstätten in Berlin für Ende 1983 auf knapp 1 Prozent. (Setzt man die von Grottian/Kück geschätzten 260 selbstverwalteten Betriebe zu den Gesamtbetriebszahlen für Berlin vom Dezember 1982 ins Verhältnis, so beträgt der Anteil nur 0,31 Prozent.) Quantitativ gesehen ist also die beschäftigungspolitische Bedeutung des alternativ-ökonomischen Sektors im Wirtschaftsraum Berlin marginal. Das zeigt sich auch, wenn man die 1400 im alternativ-ökonomischen Sektor geschaffenen Arbeitsplätze auf die gegenwärtig ca. 80.000 Arbeitslosen in der Stadt bezieht.

Betrachtet man den Alternativsektor differenziert nach Branchen, so erfolgten von 1978 bis 1984 im Handwerksbereich die meisten Betriebsgründungen in den vier Branchen Holz, Backgewerbe, Druckgewerbe und Keramik. Die Konzentration der alternativ-ökonomischen Handwerksbetriebe auf diese vier Branchen ist während dieses Zeitraums fast konstant geblieben und erklärt sich vor allem aus dem geringen Eigenkapital, über das alternativ-ökonomische Betriebe in der Regel bei ihrer Gründung verfügen. In der eher kleinindustriellen als handwerklichen Metallbranche z. B. sind die notwendigen Investitionskosten schon bei der Betriebsgründung so hoch, daß sich Betriebsgründungen für eigenkapitalschwache Alternativbetriebe kaum anbieten.

Zum anderen weichen alternativ-ökonomische Handwerksbetriebe vorzugsweise nicht nur auf Branchen aus, in denen die Investitionskosten bei der Betriebsgründung eher niedrig sind, sondern auch auf Branchen, in denen mittlerweile ein kritisches Bewußtsein im „Sympathisantenfeld“ Konsumbedürfnisse und Kaufgewohnheiten hervorgerufen hat, die den Betrieben einen mehr oder minder gesicherten Markt bieten. Dies gilt z. B. für alternative Vollkorn- und Biobrotbäckereien. Auch die Expansion im holzverarbeitenden Gewerbe geht vorwiegend auf die Existenz eines gesicherten Marktes zurück: In den letzten Jahren wurden vom Berliner Senat (der Regierung der Stadt) – im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen als Folge einer verfehlten Sanierungspolitik – spezielle Förderungsprogramme eingerichtet, mit deren Hilfe Gruppen ihre Häuser selbst instandsetzen und modernisieren. Mit einem Programmvolumen von mehreren Millionen DM wurde dadurch eine Kaufkraft erzeugt, die in hohem Maße alternativ-ökonomischen Handwerksbetrieben zugute kommt.

Die Zahl alternativer Handelsbetriebe stieg ebenfalls in den Branchen am meisten, in denen veränderte (kritische) Konsumgewohnheiten bzw.

ein kritisches Umweltbewußtsein bei Sympathisanten einen entsprechenden Absatzmarkt geschaffen haben (Naturkostläden, Naturstoffläden, Fahrradläden).

Da ein Großteil der Mitarbeiter in alternativ-ökonomischen Betrieben Akademiker und arbeitslose Jugendliche sind, die in der Regel – wenn überhaupt – nur eine berufsfremde, selten jedoch eine für ein Handwerk angemessene und ausreichende Qualifikation mitbringen, ist eine große Zahl alternativ-ökonomischer Betriebe in Branchen angesiedelt, die eine vergleichsweise nur geringe Qualifikation erfordern.

Geringes Eigenkapital, „gesicherte“ Märkte sowie Qualifikationsdefizite führen demnach zu einer relativen Monostruktur, die sich – wenn man unsere Erhebung mit der Schätzung Grottian/Kück vergleicht – im Laufe der Jahre eher verfestigt als aufgelockert hat. Nennenswerte Einbrüche in Branchen, wo die Konkurrenz mit herkömmlichen Betrieben stark ist, konnten alternativ-ökonomische Betriebe nicht erzwingen. Jedoch hat durch die Erschließung neuer Bereiche auch eine gewisse Diversifizierung stattgefunden: so sind im Laufe der letzten Jahre auch qualifizierte Dienstleistungsbetriebe entstanden. Zum einen hat die ständig steigende Zahl selbstverwalteter Betriebe einen Bedarf an qualifizierter Finanzierungs-, Rechts- und Betriebswirtschaftsberatung geschaffen. Da herkömmliche Beratungsbüros mit den speziellen Problemen selbstverwalteter Betriebe ungenügend vertraut sind, sind alternative Beratungsdienste entstanden. Zum anderen haben sich alternative Ingenieur- und Planungsbüros gegründet, die sich auf die Anwendung und den Einsatz alternativer, vor allem energiesparender, umweltfreundlicher Techniken spezialisiert haben. In dem bereits erwähnten alternativen Bau-Selbsthilfebereich haben diese Büros ihr primäres Arbeitsfeld. Schließlich muß man auch die alternativ-ökonomischen Betriebe erwähnen, die die Belastungen eines geringer werdenden Lebensstandards auffangen: Mitfahrzentralen, Second-Hand-Läden, alternative Gruppen-Reise-Veranstalter.

Diese partielle Diversifizierung vermag die Monostruktur des alternativ-ökonomischen Sektors bestenfalls zu relativieren, hebt sie jedoch nicht auf. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die Schwerpunkte alternativer Betriebsgründungen weiterhin in Branchen mit niedrigem Investitionsbedarf, sicheren Absatzmärkten im Sympathisantenfeld und niedrigen Qualifikationsanforderungen liegen werden.

Damit sind zumindest quantitativ dem Arbeitsplatzpotential des alternativ-ökonomischen Sektors Grenzen gesetzt. Selbst in den Branchen, in denen er besonders stark vertreten ist, vermag er aufgrund seiner Größenordnung keine nennenswerte Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu bringen.

Hinzu kommt, daß der Kreis von Arbeitslosen, die in alternativ-ökonomischen Betrieben Arbeit finden könnten, begrenzt ist, da für die Einstellungspraxis der Betriebe die fachspezifische Qualifikation ein eher nachrangiges Kriterium ist. Wesentlicher ist die Bereitschaft des Bewerbers, nach den vorgegebenen alternativen Prinzipien zu arbeiten und die Nachteile eines im Regelfall geringen Einkommens und einer

unsicheren Zukunft auf sich zu nehmen. Aufgrund ihres sozialen Status und ihrer gesellschaftspolitischen Einstellung sind dazu am ehesten Akademiker und arbeitslose Jugendliche in der Lage. Gerade für letztere erfüllen alternative Betriebe eine wichtige beschäftigungs- und mehr noch sozialpolitische Funktion.

Mit bis zu 18 Prozent liegt die Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen weit über der durchschnittlichen Arbeitslosenrate. Ihnen fehlt zumeist eine fachspezifische Qualifikation. Sie sind nur schwer auf dem traditionellen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Diese berufliche Perspektivlosigkeit und die daraus resultierende soziale Isolation sind mitverantwortlich für steigende Jugendkriminalität und Drogenkonsum. Die Erfahrung der letzten Jahre in Berlin hat gezeigt, daß der alternative Bereich noch am ehesten als Auffangbecken für diese Problemgruppen angesehen werden kann. Nicht allein die alternativ-ökonomischen Betriebe, sondern auch der noch größere Sektor der alternativen Sozialprojekte haben ein Netz von Einrichtungen geschaffen, die Ausgangspunkt einer sozialen Integration dieser Jugendlichen sind. So gründeten sich Selbsthilfegruppen ehemals Drogenabhängiger, die ihren Lebensunterhalt durch Möbeltransporte, eigene Druckereien und Tischlereien verdienen. (In Berlin leben zur Zeit ca. 150–170 ehemals Drogenabhängige in solchen Kollektiven.) Auch bei den Gruppen, die ihre Häuser in Selbsthilfe instandsetzen, finden sich viele Jugendliche, denen damit häufig zum ersten Mal stabile soziale Bezüge und eine sinnvolle Beschäftigungsperspektive vermittelt wird.

Dieser beschäftigungspolitische und vor allem auch soziale Effekt macht die wesentliche Bedeutung des alternativen Sektors aus, die mit einer rein quantitativen Erfassung seiner Arbeitsplätze kaum meßbar ist. Die steigende Zahl der alternativen Arbeitsplätze ist allerdings wohl auch ein Indikator dafür, daß diese gesellschaftspolitische Funktion weiter zunimmt.

II. Finanzierung des alternativ-ökonomischen Sektors

Die Finanzierung des alternativ-ökonomischen Sektors war immer und bleibt heute noch problematisch. Die wesentlichen Gründe hierfür sind teilweise bereits angesprochen worden. Sie sind, erstens, das vergleichsweise geringe Eigenkapital der Projektgründer. Zweitens scheuen sich viele Projekte vor der Aufnahme von Fremdkapital insofern, als daß sie die Kapitalintensität ihres Vorhabens möglichst gering, die Arbeitsintensität möglichst hoch halten wollen. Ferner und drittens scheuen sie sich ebenfalls vor der eventuellen „Einmischung“ von außen, die mit der Aufnahme von Fremdkapital verbunden sein könnte. Daran knüpft sich viertens die Skepsis der gewerblichen Kreditinstitute und öffentlicher Förderungsstellen gegenüber dem alternativen Sektor, eine Skepsis, die teilweise politisch begründet sein mag, die aber auch mit perzipierten Bonitätsmängeln bei alternativen Projekten zusammenhängt. Die hauptsächlichen Folgen der beschrie-

benen Finanzierungsprobleme alternativ-ökonomischer Projekte und Betriebe sind vielerlei. Erstens, wie bereits oben angedeutet, werden Projekte vorwiegend in Bereichen mit niedrigem Kapitalbedarf gegründet. Zweitens wird der Arbeitseinsatz erhöht, um Kapitalmängel auszugleichen. Daraus ergibt sich drittens eine im Vergleich zu herkömmlichen Betrieben ausgesprochen niedrige Relation von Investitionskapital zu der Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze. Dazu gehört auch, daß infolge der bescheidenen Aufnahme von öffentlichen Förderungen die Kosten pro eingerichtetem Arbeitsplatz für die öffentliche Hand sehr klein sind. Schließlich und viertens haben die Finanzierungsprobleme dazu geführt, daß der alternative Sektor eigene Finanzierungsinstitutionen aufgebaut hat.

Die Berliner Alternativszene hat im Laufe ihres Bestehens drei eigene alternative Finanzierungs- und Finanzierungsberatungsinstitutionen hervorgebracht: „Netzwerk“, „Goldrausch“ und „die Stattwerke“. Neue Initiativen dieser Art sind derzeit in Vorbereitung.

Allen drei alternativen Finanzierungs- und Finanzierungsberatungsinstitutionen ist gemeinsam, daß die von ihnen akquirierten Kredite, Beiträge und Spenden von Privatleuten kommen. Im Prinzip stehen alternativ-ökonomischen Betrieben natürlich auch die öffentlichen Wirtschaftsförderungsprogramme (z. B. ERP-Programm, Zuschüsse für die Einrichtung von Ausbildungsplätzen) sowie die von Banken angebotenen Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Tatsächlich können selbstverwaltete Betriebe aber nur in den allerwenigsten Fällen auf diese Finanzierungsquellen zurückgreifen.

In der Regel sind selbstverwaltete Betriebe sehr zurückhaltend, was die Aufnahme von externen, privaten und öffentlichen Finanzierungsmitteln angeht. Die Betriebe fürchten durch die Aufnahme von Fremdkapital in Abhängigkeit von Kreditgebern, vor allem Banken und öffentlicher Hand zu geraten. Aus bisherigen Erfahrungen einer restriktiven Zusammenarbeit, aber auch aus eigenem politischen Anspruch heraus ziehen es viele Betriebe vor, soweit wie möglich vom traditionellen Geldmarkt und von der öffentlichen Wirtschaftsförderung unabhängig zu bleiben.

Ein anderer wesentlicher Grund für den bewußt begrenzten Kapitalbedarf von selbstverwalteten Betrieben und damit für ihre Zurückhaltung bei Fremdfinanzierungen liegt zweifellos in dem Willen, eher arbeits- als kapitalintensiv arbeiten zu wollen. Die Betriebe fürchten die sich in einem erhöhten Kapitaleinsatz bergende tendenzielle Gefahr steigender Automatisierung und damit auch steigender Entfremdung der Arbeit.

Die mangelnde Verfügbarkeit von kostengünstigen externen Kreditfinanzierungen, aber nicht weniger das politische Ziel, von herkömmlichen Finanzierungsinstitutionen unabhängig zu sein, haben in jüngster Zeit zu einer intensiven Diskussion in der Alternativbewegung um zusätzliche autonome Finanzierungswege geführt. Ein erstes Ergebnis ist die Gründung einer sog. Haftungsassoziation. Diese Bürgschaftseinrichtung ist von den Berliner „Stattwerken“ im Zuge ihrer Kreditver-

mittlung entwickelt worden. Um das Volumen der vermittelten Kredite ausweiten zu können, sollen nun optimale Sicherheiten für Kreditgeber geboten werden, indem ein Sicherungsträger zwischengeschaltet wird, der ein kontinuierliches Bürgschaftsangebot garantiert. Darüber hinaus wird gegenwärtig an einem Konzept für eine alternative Leasing-Gesellschaft gearbeitet und die Gründung einer eigenen Bank, der sog. Öko-Bank, ist bereits in Angriff genommen worden.

Diese Weiterentwicklung der alternativ-wirtschaftlichen Finanzierungsinstitutionen belegt den hohen Organisationsgrad der Alternativbewegung in Berlin. Die neuesten Entwicklungen lassen ferner darauf schließen, daß der Fremdfinanzierungsbedarf und vor allem die Bereitschaft alternativ-ökonomischer Betriebe, Fremdmittel in größerem Umfang aufzunehmen, neuerdings gestiegen ist.

Die zunehmende Bereitschaft länger existierender Betriebe, durch erhöhte Fremdmittelaufnahme größere Investitionen vorzunehmen, mag als Indiz für ihre Stabilisierung gewertet werden. Im übrigen spricht die ausgesprochen niedrige Anzahl von Pleiten im alternativ-ökonomischen Bereich für die relativ hohe Stabilität des Sektors (wobei die Auffangfunktion der eigenen Finanzierungsinstitutionen im Falle drohender Pleiten von Bedeutung ist). Insgesamt erscheinen die 1400 bisher geschaffenen Arbeitsplätze auch für die absehbare Zukunft stabil.

Wenn dabei die vergleichsweise geringe Zahl wenig Eindruck macht und die beschäftigungspolitische Bedeutung dieses Sektors von daher gering erscheint, darf nicht übersehen werden, mit welchen enormen Kosten für den Steuerzahler die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der herkömmlichen Wirtschaft Berlins erkaufte werden. Allein die Subventionen auf Grundlage der sog. Umsatzsteuerpräferenz im Rahmen der Berlin-Förderung ergaben 1979 eine laufende Subvention von 2730 DM pro Arbeitsplatz und Jahr. Demgegenüber liegt – bei einer auf 6–7 Millionen DM geschätzten Summe³ der insgesamt in selbstverwaltete Betriebe investierten Mittel – im Alternativsektor die Investitionsquote pro Arbeitsplatz bei 4000 DM–5000 DM. Wenn man dabei die Mittel aus öffentlichen Wirtschaftsförderungsprogrammen mit 10 Prozent veranschlagt, beträgt der Anteil der Steuerzahler einmalig 400–500 DM pro Arbeitsplatz.

Wie eine Untersuchung der FU-Berlin⁴ gezeigt hat, ist die Berlin-Förderung aber nicht nur mit erheblichen Kosten für den Steuerzahler, sondern sie führt auch zu schwerwiegenden Folgeerscheinungen für die Wirtschaftsstruktur der Stadt. Es siedeln sich vorwiegend kapitalintensive Produktionen in der Stadt an, die kaum Arbeitsplätze schaffen. Ferner wird eine Verlagerung der wirtschaftlichen Tätigkeiten zu vollautomatisierten Produktionsverfahren begünstigt, dagegen kaum Potentiale für innovative, zukunftssträchtige „Know-how“-Entwicklung angereizt.

Im alternativ-ökonomischen Bereich dagegen konnten bisher verhältnismäßig stabile Arbeitsplätze ohne nennenswerte öffentliche Subventionierung geschaffen werden. Ein innovatives, zukunftssträchtiges Po-

tential ist insofern angelegt und vorhanden, als daß ökologische Gesichtspunkte bei Produktion und Produktionsverfahren immanent berücksichtigt werden. Die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung eines ausgewogeneren Verhältnisses zwischen Ökonomie und Ökologie ist kaum abzuweisen, so daß hier der alternativ-ökonomische Bereich, wenn auch erst in sehr bescheidenem Ausmaße, gewissermaßen eine Vorreiterrolle spielt. Schließlich sei nochmals auf die beschäftigungspolitische Bedeutung der alternativ-ökonomischen Betriebe für Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie arbeitslose Jugendliche oder Drogenabhängige hingewiesen.

III. Entwicklungsprobleme alternativ-ökonomischer Betriebe

a) Betriebsinterne Probleme alternativ-ökonomischer Betriebe

Wie jeder herkömmliche Betrieb, so stehen auch selbstverwaltete Betriebe vor dem Problem Organisations- und Koordinationsstrukturen ausbilden zu müssen, die eine effiziente Produktion gewährleisten. In selbstverwalteten Betrieben soll dies jedoch kollektiv, d. h. von allen Mitarbeitern zusammen geleistet werden. Die Funktionen unter den Mitarbeitern sollen rotieren.

Häufig mangelt es jedoch allein schon an den zur Führung eines Betriebes notwendigen rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen. Und die Führung eines Betriebes im Kollektiv will erst in langwierigen Gruppen- und Auseinandersetzungsprozessen gelernt sein. Das verlangt nicht nur ein hohes persönliches Engagement der Mitarbeiter, solche Gruppenprozesse kosten auch viel Zeit und gehen damit zu Lasten der Produktivität.

Erhöht wird die (finanzielle) Belastung der Betriebe außerdem noch dadurch, daß viele Mitarbeiter alternativ-ökonomischer Betriebe entweder gar keine oder nur eine berufsfremde Qualifikation mitbringen (arbeitslose Jugendliche, Akademiker). Diese ungelernten bzw. minderqualifizierten Mitarbeiter nicht auf unqualifizierte Arbeitsfelder „abzuschieben“, sondern so in die betriebliche Arbeit einzuführen, daß die angestrebte Funktionsrotation realisiert werden kann, verlangt ebenso Zeit wie von den Gruppenmitgliedern ein hohes Maß an Toleranz und Solidarität. Dabei haben die Mitarbeiter selbstverwalteter Betriebe bei der Umsetzung dieser neuen Organisations- und Arbeitsformen kaum Nachahlungsmöglichkeiten. Ein Rückgriff auf zeitbezogene Erfahrungen ist ausgeschlossen.

Soweit es selbstverwalteten Betrieben gelingt, effektive kollektivkooperierende Betriebsführungsstrukturen auszubilden, sind diese gefährdet, sobald der Mitarbeiterbestand wechselt. Austritte einzelner Kollektivmitglieder haben oft schon Monate vor ihrem faktischen Vollzug Auswirkungen auf den kollektiven Meinungsbildungsprozeß

und damit auf die Betriebsführung. Umgekehrt sind neue Mitarbeiter erst nach einem mehrmonatigen „Sozialisationsprozeß“ mit den betriebsinternen Entscheidungs- und Handlungsformen vertraut.

In jüngster Zeit hat die Fluktuation in selbstverwalteten Betrieben noch eine besondere Komponente angenommen. Es findet nämlich so etwas wie ein „Generationswechsel“ statt: Vor dem Hintergrund steigender Jugendarbeitslosigkeit suchen immer mehr Jugendliche in alternativ-ökonomischen Betrieben einen Arbeitsplatz und eine Perspektive. Für sie steht das Arbeitsplatzmotiv im Vordergrund. Die politische Geschichte und Entwicklung des Alternativsektors und der Betriebe ist für sie nur wenig präsent. Dagegen begreifen sich ältere Mitarbeiter gerade als in der politischen Tradition der Alternativbewegung stehend. Dieser unterschiedliche Erfahrungshintergrund zwischen Mitarbeitern eines Betriebes und ein darauf beruhendes unterschiedliches (politisches) Selbstverständnis führen häufig zu Verständigungsproblemen in bezug auf die gesellschafts-politischen und sozialen Ansprüche, die mit der Arbeit im Betrieb verwirklicht werden sollen. Das erschwert zugleich das Herausbilden eines gemeinsamen Gruppenselbstverständnisses und blockiert unter Umständen Entscheidungsprozesse.

Nicht zuletzt spielt auch die Betriebsgröße eine wichtige Rolle. Je größer der Betrieb, um so formalisierter die Organisationsstrukturen, um so schwieriger die Gruppenprozesse.

Für die meisten alternativ-ökonomischen Betriebe sind der Mangel an Eigenkapital, zeitraubende Gruppenprozesse, Defizite in der fachlichen Qualifikation sowie in betriebswirtschaftlich-rechtlichen Kenntnissen nur durch kostenlose Mehrarbeit, Lohnverzicht, Senkung der eigenen Lebenshaltungskosten zu kompensieren. Mit anderen Worten: durch einen hohen Grad an Selbstausbeutung.

b) Betriebsexterne Probleme alternativ-ökonomischer Betriebe

In dem Maße, wie der alternativ-ökonomische Sektor expandiert, entwickelt er einen Kapitalbedarf, der durch Spenden und Darlehen von Sympathisanten allein nicht mehr gedeckt werden kann. Bei der Beschaffung von Geldern bei den herkömmlichen Kreditinstituten, aber auch bei öffentlichen Förderungseinrichtungen stoßen die Betriebe häufig auf Schwierigkeiten, da sie den gängigen Kriterien einer Förderungswürdigkeitsprüfung nicht entsprechen.

Die Förderungswürdigkeitsprüfung ist eine Analyse, durch die das Kredit- und Bürgschaftsrisiko abgeschätzt wird, um somit eine Prognose über die Rückzahlungswahrscheinlichkeit treffen zu können. Sie unterteilt sich in eine Prüfung der dinglichen und der persönlichen Verhältnisse eines Betriebes. In beiderlei Hinsicht weisen alternative Betriebe Besonderheiten auf, die das Kreditrisiko in den Augen der Geldgeber erhöhen.

1. Wie bereits dargelegt, verfügen die meisten Betriebe nur über geringe

Sachwerte. Produziert wird mit wenigen und häufig überalteten Maschinen, deren Wiederverkaufswert entsprechend niedrig ist, und Räumlichkeiten werden in der Regel gemietet, somit können für Kredite kaum dingliche Sicherheiten gestellt werden.

2. Die Bilanzen der Betriebe sind bestenfalls ausgeglichen, da die in der Gründungsphase erwirtschafteten Gewinne lediglich zur Deckung der notwendigsten Kosten ausreichen. Häufig kann nur durch Lohnverzicht eine Verlustausweisung vermieden werden. Allein deshalb fehlt es für viele potentiellen Geldgeber an betriebswirtschaftlicher Solidität. Hinzu kommt, daß das geringe Alter der Betriebe nur begrenzt eine zuverlässige Prognose über die zukünftigen Absatzchancen und die zu erwirtschaftenden Gewinne ermöglicht.
3. Entsprechend ihrem Anspruch, sämtliche Entscheidungsprozesse kollektiv zu gestalten, wählen die meisten Gruppen für ihre Betriebe die Rechtsform, welche auch juristisch am ehesten eine Gleichberechtigung aller gewährleistet, die Personengesellschaft bürgerlichen Rechts, in der jedes Mitglied gleichermaßen für den Betrieb haftbar ist. Es ist dies die einfachste und billigste Rechtsform, die jedoch für einen Kreditgeber mit den größeren Risiken behaftet ist, da nicht klar ist, wer im Fall einer Zahlungsunfähigkeit mit welchem Vermögen für die Verluste eintritt. Das kollektive Organisationsprinzip bedeutet zudem, daß betriebliche Verantwortungen oder gar Leitungsfunktionen nicht einzelnen klar zugeordnet werden können, was die Skepsis der Geldgeber, sie als seriöse Geschäftspartner zu akzeptieren, noch verstärkt.

Die aufgezeigten Defizite und Restriktionen im Finanzierungsbereich sowie die höheren Produktionskosten selbstverwalteter Betriebe, die zum Teil aus Finanzierungsrestriktionen, zum Teil aus der Erprobung neuer Organisations- und Arbeitsformen resultieren, machen es alternativ-ökonomischen Betrieben schwer, auf dem freien Markt mit herkömmlichen Betrieben zu konkurrieren. Wenn die alternativ-ökonomischen Betriebe dennoch existieren können, so verdanken sie dies vor allem ihrem Sympathisantenfeld. Zum einen fließen aus dem Sympathisantenfeld direkt oder über die alternativen Finanzierungsinstitutionen Kredite in die Betriebe. Zum anderen sind die Sympathisanten durchaus bereit, die höheren Preise für Produkte aus alternativ-ökonomischen Betrieben zu zahlen. Sie tun dies in dem Bewußtsein, daß die Erprobung neuer Arbeitsformen die Betriebe notwendigerweise Zeit und damit Geld kosten, und begreifen den höheren Preis, den sie zahlen, als einen politischen Preis, der für die ersten Schritte auf dem Weg zu einer Gesellschaftsveränderung in Kauf genommen werden muß.

Dennoch bedeutet die Existenz des Sympathisantenfeldes bzw. des Sympathisantenmarktes nicht, daß dort restriktionsfreie Bedingungen für alternativ-ökonomische Betriebe herrschen. Weil alternativ-ökonomische Betriebe die Konkurrenz mit herkömmlichen Betrieben fürchten, weichen sie in erhöhtem Maße auf die „gesicherten“ Sympathisantenmärkte aus. Dadurch konzentrieren sich die alternativ-ökonomi-

schen Betriebe auf wenige Teilmärkte und machen sich dort gegenseitig Konkurrenz. Im Buchhandel hat dies bereits zu den ersten Pleiten geführt. Wenn ein bestimmtes, zunächst im Sympathisantenfeld der Alternativbewegung ausgebildetes Konsumbedürfnis weitere Bevölkerungskreise erfaßt, stoßen zudem herkömmliche Betriebe mit hohem Kapitaleinsatz auf diese Märkte vor und machen den alternativ-ökonomischen Betrieben Konkurrenz.

In dieser Situation sind die alternativ-ökonomischen Betriebe wieder ausschließlich vom politisch-moralischen Bewußtsein ihrer Sympathisanten/Konsumenten abhängig, d. h. von deren Bereitschaft, das gleiche Produkt trotz billiger Angebote herkömmlicher Betriebe weiterhin von alternativ-ökonomischen Betrieben zu beziehen. Als Ausweg bliebe den selbstverwalteten Betrieben sonst nur eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit. Das aber käme nur über Produktivitätssteigerungen zustande, bei denen Effizienzkriterien die Herrschaft über den sozialen Anspruch und die gesellschaftspolitische Perspektive der Betriebe gewinnen würden. Die Existenzbedingungen vieler alternativ-ökonomischer Betriebe sind somit in vielerlei Hinsicht prekär.

Resümee: Die Alternativbewegung am Scheideweg?

Der alternativ-ökonomische Bereich hat sich als eigenständiger Wirtschaftssektor konsolidiert. Innerhalb weniger Jahre wurden in 260 Betrieben ohne nennenswerte öffentliche Unterstützung 1400 Arbeitsplätze geschaffen. Mit neuen Produkten und anderen Produktionsformen hat eine Bewegung ihren veränderten Lebens- und Arbeitsbedürfnissen eine institutionalisierte Form gegeben, die aus dem Bild Berlins nicht mehr wegzudenken ist. Aufgrund seiner Größenordnung und der von ihm ausgehenden Impulse hat der Alternativbereich einen eigenen Stellenwert für die politische und wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt gewonnen, der zukünftig an Gewicht eher zunehmen wird. Zwar muß in rein quantitativer Hinsicht die beschäftigungspolitische Bedeutung des alternativ-ökonomischen Sektors, auch wenn er zu den gegenwärtig wenigen expandierenden Wirtschaftsbereichen zählt, als eher bescheiden eingeschätzt werden. Qualitativ gesehen jedoch bieten alternative Betriebe nennenswerte Beschäftigungs- bzw. Reintegrationsmöglichkeiten für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Problemgruppen wie arbeitslose Jugendliche, Drogenabhängige und arbeitslose Akademiker. Durch die enge Vernetzung der Betriebe mit alternativen sozialen Dienstleistungs- und Selbsthilfeprojekten werden Stadtteile mit hoher Problemkonzentration, wie das Beispiel Berlin-Kreuzberg zeigt, entlastet und ihre soziale Infrastruktur stabilisiert. Die Fähigkeit, diese Funktion mit nur geringer Inanspruchnahme staatlicher Gelder durch Eigeninitiative zu erfüllen, macht die Qualität des alternativen Sektors aus, die um so bedeutsamer wird vor dem Hintergrund einer staatlichen Sozial- und Beschäftigungspolitik, bei der Aufwand und Wirkung oftmals im krassen Mißverhältnis zueinander stehen.

Diese Bedeutung kann eher noch zunehmen, denn wesentliche Produktionspotentiale sind noch nicht erschlossen, vor allem im Bereich umweltfreundlicher Technologien, für die zwar das nötige Know-how vorhanden ist, dessen Entwicklung und Produktion bislang jedoch an mangelndem Kapital scheiterte. Die erzielbare Größenordnung einer solchen Produktion bedingt letztlich die Förderung durch staatliche Instanzen, wobei Berlin mit seiner Anhäufung von entsprechenden Forschungseinrichtungen und Universitäten günstige Standortbedingungen hat. In einem Ballungsraum wie Berlin mit seiner extrem hohen Umweltbelastung zeigt sich die Notwendigkeit einer solchen Produktion besonders.

Das Arbeitsplatzpotential, welches mit einer Produktionsausweitung erschlossen werden könnte, liegt nach der von uns zitierten Schätzung von Grottian/Kück beim Zwei- bis Dreifachen des gegenwärtigen. Im Moment deutet jedoch alles darauf hin, daß die Expansion des Alternativsektors vorerst an ihre Grenzen gestoßen ist: Die Konzentration alternativ-ökonomischer Betriebe ist in den Branchen, die über Sympathisantenmärkte verfügen, mittlerweile so hoch, daß sich die Betriebe untereinander zunehmend Konkurrenz machen. Bei Erreichung einer entsprechenden Größe eines Teilmarktes stoßen zudem auch herkömmliche Betriebe, die kapitalintensiver, rationeller und billiger produzieren, auf den Markt vor. Für Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen mangelt es ebenso an Kapital wie für die Erschließung neuer kapitalintensiver Produktionsbereiche. Durch die alternativen Finanzierungsinstitute, Netzwerk, Goldtausch und Stattwerke wurden zwar Möglichkeiten geschaffen, Kapital für Neugründungen bereitzustellen und einzelne Betriebe in Krisenzeiten finanziell abzustützen, jedoch sind diese allmählich kaum noch in der Lage, den sich erweiternden Kapitalbedarf abzudecken.

Die vor diesem Hintergrund in der Alternativbewegung geführten Diskussionen um neue Finanzierungswege drehen sich in ihrem Kern um die Frage, ob sich mit diesen weiterhin die politische Perspektive einer gesellschaftlichen Veränderung verbinden läßt, oder ob mit ihnen Effizienzkriterien in der Wirtschaftsweise alternativ-ökonomischer Betriebe die Überhand gewinnen, wodurch der Alternativsektor insgesamt in die traditionelle Ökonomie abzugleiten drohe. Die Entwicklungslinien, die sich für die Zukunft des Alternativsektors in diesen Diskussionen andeuten, bewegen sich in zwei unterschiedlichen Richtungen.

Zum einen wird die Position einer weitestgehenden Autonomie des Alternativsektors gegenüber dem Staat vertreten. Diese Autonomie soll auf einer basis-orientierten, dezentral organisierten, alternativen Infrastruktur fußen. Konkret schlägt sich diese Position in dem autonomen Finanzierungskonzept einer sog. Haftungsassoziation nieder. Diese hat zum Ziel, auf dem Wege der Individualfinanzierung durch Sympathisanten ohne Zwischenschaltung von Banken und öffentlichen Kapitalgebern die notwendigen Mittel für die alternative Ökonomie zu mobilisieren. Diese Position kann in der Konsequenz bedeuten, daß die

Autonomie gegenüber dem Staat und dem traditionellen Wirtschaftsbe-
reich auch zukünftig an eine Beschränkung auf die bisher erschlosse-
nen Produktionsbereiche gebunden ist.

Die Gegenposition fordert staatliche Förderungsprogramme, die spe-
ziell auf alternative Produktionsbetriebe ausgerichtet sind. Im Bundes-
land Hessen, wo Grüne und Sozialdemokraten zum ersten Mal ein
Regierungsbündnis bilden, ist bei den Koalitionsverhandlungen ein
solches Förderprogramm vereinbart worden. Dies entspricht nicht nur
dem gestiegenen Finanzbedarf der Betriebe, sondern ist vor allem auch
ein Ausdruck der politischen Bedeutung der Bewegung, die damit
ansatzweise ein alternatives Wirtschaftskonzept inhaltlich gestaltet. In
der Konsequenz kann diese Strategie die Erschließung neuer Produk-
tionsbereiche und eine größere Einflußnahme auf wirtschaftspolitische
Entscheidungsprozesse ermöglichen. Sie führt jedoch möglicherweise
auch, und dies wird von den „Autonomen“ kritisiert, zu einer Verwässe-
rung alternativer Prinzipien und zu größerer Abhängigkeit vom Staat,
von Parteien und traditioneller Wirtschaft.

So heterogen, wie die Alternativbewegung in sich ist, so wenig wird
sich letztlich nur eine Position durchsetzen. Die Entwicklung wird
vielmehr eher gekennzeichnet sein durch eine Gratwanderung zwi-
schen wirtschaftlicher Expansion und verstärkter politischer Einfluß-
nahme einerseits und der Verwirklichung alternativer Lebens- und
Arbeitsformen im Sinne einer konkreten Utopie andererseits.

Anmerkungen

- 1 Der Artikel ist eine Zusammenfassung der wesentlichsten Ergebnisse einer Studie, die
im Rahmen des Aspen Institut-Programms „Jobs und Society“ entstand. Dieses
Programm hat sich zum Ziel gesetzt, in verschiedenen Ländern praktisch verwertbare
Informationen über neue Initiativen und Strategien zur Schaffung zusätzlicher Arbeits-
plätze zu sammeln und zu verbreiten. Die Untersuchung ist auf marktorientierte,
alternativ-ökonomische Betriebe beschränkt.
- 2 vgl. Grottian, P.; Kück, M.; Modell Berlin: 10.000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und
Alternativbereich, Ms., Berlin o. D.
- 3 Berechnet auf der Grundlage der von Netzwerk, Goldrausch und den Stattwerken
vergebenen Krediten = 1,3 Millionen DM plus Kredit aus dem Freundes- und Bekann-
tenkreis in gleicher Höhe = 2,6 Millionen, plus 20 Prozent dieser Fremdfinanzierungs-
mittel als Anteil der Bankkredite bzw. Mittel aus öffentlichen Wirtschaftsförderungs-
programmen = 0,52 Millionen DM, ergibt Fremdfinanzierungsmittel in Höhe von
insgesamt ca. 3,1 Millionen DM. Hinzuzurechnen ist der Eigenkapitalanteil der
Betriebe, der mit 50 Prozent des Betriebskapitals veranschlagt werden kann, ergibt eine
Gesamtinvestitionssumme von ca. 6,2 Millionen DM.
- 4 vgl. Bolle, M.: Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen wirtschaftspolitischer Kon-
zeptionen für Berlin, Projektbericht FSA 79/1, FU Berlin, 1979.

Literatur

- Bolle, M., Grottian, P. (Hrsg.): „Arbeit schaffen – jetzt.“, Hamburg 1983.
- Bolle, M.: Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen wirtschaftspolitischer Konzeptionen für Berlin (West), Projektbereich – FSA 79, 1, FU Berlin 1979.
- Conti, Ch.: Abschied vom Bürgertum, Hamburg 1984.
- Grottian, P., Nelles, W.: Großstadt und neue soziale Bewegung, Basel 1983.
- Grottian, P., Kück, M.: Modell Berlin: 10.000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich, Ms., Berlin, o. D.
- Hegner, F., Schlegelmilch, C.: Formen und Entwicklungschancen unkonventioneller Beschäftigungsinitiativen, IIM/LMP 83–19, Wissenschaftszentrum Berlin 1983.
- Hick-Hack, Zeitung für alternative Arbeitsmoral, Nr. 1, Berlin 1984.
- Huber, J.: Wer soll das alles ändern, Berlin 1980.
- Kück, M.: Entwicklung, Stand und Probleme der Alternativökonomie, Aufsatz 1984, vorgesehen für Arnoldshainer Schriften zur interdisziplinären Ökonomie.
- Kück, M.: Neue Unternehmen – alte Wirtschaftsförderung, Der Umgang der Kommunen mit den Alternativen, FU Berlin, Forschungsprojekte PENFA, Ms., Berlin 1983.
- Netzwerk-Selbsthilfe e. V.: Ein Jahr Netzwerk, Berlin 1979.
- Ders.: Rundbriefe Nr. 1 bis Nr. 23, Berlin 1978–1984.
- Ders.: Strategien alternativer Produktion, Diskussionspapier zur gleichnamigen Tagung in Berlin vom 25. bis 27. Mai 1984.
- Stattbuch Berlin Nr. 1, 2 und 3.; Hrsg. Arbeitsgruppe Stattbuch und Stattbuchverlag, Berlin 1978, 1981 und 1984.